

GEMEINDE EGELSBACH

Haupt- und Finanzausschuss



Egelsbach, 28.09.2017

GESAMTE NIEDERSCHRIFT

der 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses
am Mittwoch, 27.09.2017, 20:05 Uhr bis 22:25 Uhr
im Raum 25 des Rathauses

Anwesenheiten

Vorsitz:

Müller, Manfred (WGE)

Anwesend:

Gärtner, Uwe (SPD)

Boll, Peter (FDP)

Celik, Hüsnü (CDU)

Dinca, Georg (WGE)

Görich, Daniel (SPD)

Hesse, Uwe (GRÜNE)

Dr. Langer, Stefan (CDU)

Sarnecki, Michael (GRÜNE)

Vom Gemeindevorstand anwesend:

Sieling, Jürgen

Bettermann, Irmgard

Becker, Valentin

Braukmann-Best, Inge

Fink, Helmut

Fritzsche, Werner

Vom Gemeindevorstand entschuldigt fehlen:

Bergerhausen, Klaus Dieter

Von der Gemeindevertretung anwesend:

Klein, Wolfgang (LINKE)

Vogt, Axel (FDP)

Jaxt, Hans-Joachim (Vors.d.Gemeindevertretung)

Klose, Andrzej (GRÜNE)

Kühnel, Herbert (GRÜNE)

Knöß, Torben (WGE)

Seib, Rolf (WGE)

Von der Verwaltung anwesend:

Mahr, Norbert (Schriftführer)

Bierling, Stephan

Jung, Alexander

Kraus, Manfred

Pohl, Eva

Schmidt, Michael
Weinert, Thomas

Gäste:

Herr Dr. Berg, Rechtsanwalt
Herr Pusedrowski, Stadtwerke Langen
Herr Wißkirchen. TIM Consult

Der Ausschussvorsitzende Manfred Müller eröffnet die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um 20:05 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Zu Beginn der Sitzung sind 9 Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschussvorsitzende stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und das Gremium beschlussfähig ist.

Die Fraktion Bündnis 90 /Die Grünen legt einen „Änderungsantrag Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft“ zu TOP 02 „Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft“ vor. Dieser soll zusammen mit der Vorlage des Gemeindevorstandes unter TOP 02 beraten und beschlossen werden. Gegen diese Vorgehensweise erheben sich keine Einwände.

Bürgermeister Sieling **schiebt** für den Gemeindevorstand die **Vorlage zu TOP 04 VL-20/2017 „Satzung der Gemeinde Egelsbach über die Erhebung wiederkehrender Straßenbeiträge (WStrBG)“ in die nächste Sitzungsrunde.**

Weiterhin **schiebt der Gemeindevorstand TOP 16 „Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2018“ in die nächste Sitzungsrunde.**

Für Entscheidung, den Haushalt 2018 in die nächste Sitzungsrunde zu schieben, sind die nun vorliegenden Planungsdaten für die Zahlungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich (KFA) sowie der Finanzplanungserlass 2018 ursächlich. Die notwendigen Änderungen bei den Ansätzen der Schlüsselzuweisung sowie der Kreis- und Schulumlage bedeuten kumulativ eine deutliche Mehrbelastung für den Haushalt 2018 im hohen sechsstelligen Bereich. Dem stehen höhere Erträge beim Ansatz für den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer entgegen. Summarisch ergibt sich dennoch eine deutliche Deckungslücke. Die genaue Quantifizierung sowie die Analyse der Möglichkeiten der Beseitigung dieses zusätzlichen Defizits ist seitens der Gemeindeverwaltung nun vorzunehmen.

Es liegen keine weiteren Änderungs- und Ergänzungswünsche vor, es werden keine Einwände gegen die so geänderte Tagesordnung erhoben. Die Tagesordnung wird daher wie folgt einstimmig genehmigt:

Tagesordnung

öffentliche Sitzung

1. Mitteilungen, Anfragen und Berichte
 - 1.1 Mitteilungen des Vorsitzenden
 - 1.2 Anfragen
 - 1.2.1 Sachstand Hessenkasse, WLAN und Wohnungsbaugesellschaft
 - 1.2.2 Beantwortung der Anfrage 01-2017 der CDU "Personal- und Vorsorgeaufwendungen im Haushalt 2018"
 - 1.2.3 Sachstand Vorbereitung Straßenbeitragsatzung
 - 1.2.4 Breitbandausbau Gewerbegebiet
 - 1.3 Berichte
2. Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft (VL-35/2017)
3. Finanz- und Organisationskonzept für den ÖPNV im Kreis Offenbach (VL-30/2017)
4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Im Brühl – 4. Änderung“ (VL-33/2017)
5. Wasserschaden: „Kita Brühl-Neubau“ Annahme der Vergleichsangebote (VL-26/2017)
6. 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten und Schulbetreuung der Gemeinde Egelsbach (VL-27/2017)
7. Grundsatzbeschluss zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Egelsbach (VL-22/2017)
8. Antrag DIE LINKE 01/2017 vom 18.04.2017 betr.: " Beitritt zum Projekt "Hessen aktiv:Die Klimakommunen"", geschoben im HFA vom 22.06.2017 TOP 13.2.1
-Unterlagen liegen bereits vor-
- 8.1 Antrag-Nr.: 01-2017 Die Linke vom 18.04.2017 Beitritt zum Projekt "Hessen aktiv: Die Klimakommunen" (VL-23/2017)
9. Neubaugebiet „Leimenkaute“- Vergabe der Straßennamen N (VL-25/2017)
10. Verwendungsnachweis 2016 und Haushaltsplan 2018 der Kindertagesstätte Zauberbaum Betreiber Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach e.V. (VL-28/2017)
11. Einvernehmliche Auflösung des Pachtvertrages zwischen der Gemeinde Egelsbach und dem Verein Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V.
Einstellung der Zuschusszahlungen (VL-29/2017)
12. Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Budget "Personal" (VL-31/2017)
13. Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von EUR 100.000,00 auf der Investitionsnummer I 1601092 "Dummy KIP 2016" - Sanierung Eigenheim (VL-32/2017)
14. Anträge der Fraktionen

14.1 CDU-Fraktion

14.1.1 Antrag Nr. 02-2017 der CDU-Fraktion vom 03.09.2017 betr.: "Partizipation der Jugend in Egelsbach"

nicht-öffentliche Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

1. Grundstücksangelegenheit N

(VL-24/2017)

Sitzungsverlauf

öffentliche Sitzung

1.	Mitteilungen, Anfragen und Berichte
-----------	--

1.1	Mitteilungen des Vorsitzenden
------------	--------------------------------------

Es liegen keine Mitteilungen vor.

1.2	Anfragen
------------	-----------------

1.2.1	Sachstand Hessenkasse, WLAN und Wohnungsbaugesellschaft
--------------	--

Gv. Axel Vogt (FDP) möchte kurze Informationen zu den Themen Hessenkasse, WLAN und Wohnbaugesellschaft.

Bürgermeister Sieling erklärt, dass zurzeit nur ein zweiseitiges Informationsschreiben vorliegt. Für die Kassenkreditablösung müsste die Gemeinde ca. 300.000 Euro pro Jahr an Tilgung leisten (25,00 € pro Einwohner ab dem Haushalt 2019). Der weitere Verlauf wird zurzeit mit dem Ministerium abgestimmt.

Zu den Punkten Wohnraum und WLAN informiert Herr Pusdrowski (Stadtwerke Langen).

1.2.2	Beantwortung der Anfrage 01-2017 der CDU "Personal- und Vorsorgeaufwendungen im Haushalt 2018"
--------------	---

Gv. Dr. Stefan Langer (CDU) erkundigt sich nach der Anfrage über den Stellenplan/Personal- und Vorsorgeaufwendungen, die bis heute beantwortet werden sollte. Der Gemeindevorstand teilt mit, die Beantwortung wird an das Protokoll angefügt.

1.2.3	Sachstand Vorbereitung Straßenbeitragssatzung
--------------	--

Gv. Uwe Hesse (Grüne) und Gv. Dr. Stefan Langer (CDU) erkundigen sich nach dem Stand/Planung der wiederkehrenden Straßenbeitragssatzung.

Leider hatte Herr Rechtsanwalt Gries (Schüllermann) urlaubsbedingt zu wenig Zeit, um die vorliegenden Vergleichsberechnungen abschließend vorstellen zu können. Die Hintergrundarbeiten zur Einführung laufen.

Gv. Axel Vogt (FDP) fragt an, wie sich die Straßenbeitragssatzung auf den Haushalt auswirkt. Der Gemeindevorstand erklärt, dass sie sich aller Voraussicht noch nicht auf den Haushalt 2018 auswirkt.

1.2.4	Breitbandausbau Gewerbegebiet
--------------	--------------------------------------

Gv. Andrzej Klose (Grüne) stellt inhaltliche Fragen zum Zeitungsartikel „Breitbandausbau im Gewerbegebiet“.

Bürgermeister Sieling erläutert für den Gemeindevorstand die Vorgehensweise im Detail und erklärt abschließend, dass der reguläre Ausbau im gesamten Ort bis zum 12. Dezember 2017 komplett abgeschlossen sein soll.

1.3	Berichte
------------	-----------------

Kämmereileiter Herr Weinert informiert über das aktuelle Ist-Ergebnis 2017 bzw. die aktuelle Hochrechnung des ordentlichen Jahresergebnis 2017. Hierbei werden die wesentlichsten Faktoren, welche Einfluss auf das Jahresergebnis 2017 haben, vorgestellt:

2 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte:

Kostenstelle	Bezeichnung	Ansatz	IST	Differenz
1107017	Abwasserverband	2.300.000	2.137.557	162.443
'0604012'..'0604172'	KITA-Bereich	653.000	595.187	57.813
0606012	Schulbetreuung	335.000	270.348	64.652
1303014	Friedhof	76.650	35.346	41.304

5 Steuern steueräh. Ertr.einschl.Ertr.aus ges.Uml:

Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz	IST	Differenz
5500100	Einkommenssteuer	7.720.000	4.338.686	3.381.314
5553000	Gewerbsteuer	5.120.000	4.863.008	256.992
5552000	Grundsteuer B	2.570.000	2.690.133	120.133
5559120	Spielapparatetest.	800.000	670.501	129.499
5504000	Umsatzsteuer	731.000	366.192	364.808

6 Erträge aus Transferleistungen:

Sachkonto	Bezeichnung	Ansatz	IST	Differenz
5477000	Familienlastenaus.	585.000	294.576	290.424

7 Ertr.a.Zuweisgn.u.Zusch.f.lfd.Zwecke u.allg.Uml.:

Kostenstelle	Bezeichnung	Ansatz	IST	Differenz
1601017	Schlüsselzuweisung	1.603.841	1.334.802	269.039
0503012	Hilfen für Asylbe.	363.780	99.188	264.592
'0604012'..'0604172'	KITA-Bereich	660.000	0	660.000

9 Sonstige ordentliche Erträge:

Kostenstelle	Bezeichnung	Ansatz	IST	Differenz
110xxxx	Konzessionsabg. (Strom/Wasser/Gas)	515.000	429.168	85.823

Auf der Ertragsseite sind insbesondere bei der Kostenstelle 1107017 Abwasserverband und bei den Konzessionsabgaben Strom/Gas/Wasser mit Mindererträgen zu rechnen (ca. EUR 185.000). Bei der Kostenstelle 0503012 Hilfen für Asylbewerber sowie den Kostenstellen des KITA-Bereichs ('0604012'..'0604172') ist die Höhe der Mindererträge noch nicht abschließend quantifizierbar.

Aufwandsseitig sind bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen Mehraufwendungen in Höhe von ca. EUR 670.000 zu verzeichnen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen können mind. ca. EUR 105.000 eingespart werden. Bei den übrigen Positionen der ordentlichen Aufwendungen kann davon ausgegangen werden, dass sämtliche Ansätze eingehalten werden können.

Bei dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer wird von Mehrerträgen in Höhe von ca. 400.000 ausgegangen. Bei der Grundsteuer B sind bereits Mehrerträge in Höhe von ca. EUR 120.000 zu verzeichnen.

Kumulativ ergeben diese Sachverhalte derzeit ein Defizit in Höhe von EUR 230.000. Bei der Annahme des Vergleichsangebots Wasserschaden „Kita Brühl-Neubau“ werden zusätzlich EUR

325.000 generiert. Unter der Prämisse der Annahme dieses Vergleichs kann derzeit das ordentliche Jahresergebnis in Höhe von EUR 0 eingehalten werden.

Diese Hochrechnung geht davon aus, dass der Ansatz für die Gewerbesteuer eingehalten wird. Aufgrund der Risikobehaftung dieser Position können hier noch erhebliche Schwankungen im restlichen Verlauf des Jahres 2017 eintreten.

Anmerkung: Die hier dargestellten Zahlen entsprechen denen aus der durchgeführten Auswertung vom 27.09.2017.

2.	Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft	VL-35/2017
----	---	-------------------

Der Vorsitzende Herr Manfred Müller begrüßt Herr Dr. Wißkirchen (TIM CONSULT) und Herrn PUSDROWSKI (Stadtwerke Langen).

Herr Dr. Wißkirchen referiert zum Tagesordnungspunkt Interkommunale Zusammenarbeit im Bereich Abfall. Es wird anhand der vorliegenden Informationsunterlagen die Zusammenarbeit der Stadt Langen und der Gemeinde Egelsbach ausführlich dargelegt.

Herr PUSDROWSKI betont, dass das Zeitfenster für die Zusammenlegung im Bereich Abfallwirtschaft besonders günstig sei. Er ist bereit, der Gemeinde Egelsbach besondere Mitspracherechte einzuräumen und appelliert diese einmalige Chance nicht verstreichen zu lassen.

Es entsteht eine Diskussion über die Beteiligung und den Stammkapitalanteil von 25, 1 % und den zu Beginn der Sitzung eingereichten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Interkommunalen Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft.

Nach Diskussion **zieht** Gv. Michael Sarnecki (Grüne) für die **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen** den zu Beginn der HFA-Sitzung verteilten **Änderungsantrag „Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft“ zurück.**

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:
Die Gemeindevertretung

1. befürwortet eine interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich der Abfallwirtschaft mit folgenden Schwerpunkten im Logistikbereich:
 - a) Sammlung von Hausmüll, Altpapier, Bioabfall und Sperrmüll auf Abruf und Transport zur Verwertungsstelle
 - b) Beschaffung neuer Abfallgefäße, Führung des Gefäßlagers und Durchführung des Gefäßtausches bei den Kunden
 - c) Gemeinschaftlicher Betrieb einer Wertstoffannahmestelle/eines Wertstoffhofes
2. favorisiert eine gemeinsame Gesellschaft mit beschränkter Haftung, die aus der heutigen ASG Abfallservice Südhessen GmbH hervorgeht und abfallwirtschaftliche Leistungen sowohl für die Stadt Langen wie auch für die Gemeinde Egelsbach erbringen soll.
3. beauftragt den Gemeindevorstand, eine Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft in die Wege zu leiten und entsprechende Vertragsentwürfe zu erarbeiten, die den Gremien der Gemeinde Egelsbach und der Stadt Langen im Verlauf des Jahres 2018 zur Beschlussfassung vorgelegt werden sollen. Danach wird die Gemeinde Egelsbach mit Wirkung zum 01.01.2019 an der gemeinsamen Gesellschaft durch Erwerb eines Stammkapitalanteils beteiligt werden. Als

Orientierungsgröße wird die Einwohnerzahl genommen, wobei die Gemeinde Egelsbach Wert darauf legt, dass die Beschlüsse der Gesellschaft partnerschaftlich getroffen werden sollen.

- betont, dass mit der geplanten Zusammenarbeit keine Harmonisierung der Sammelsysteme und der Abfallgebühren mit Ausnahme des Betriebs der Wertstoffannahmestelle/des Wertstoffhofes verbunden ist.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-35/2017 betr.: „Interkommunale Zusammenarbeit mit der Stadt Langen im Bereich Abfallwirtschaft“.

3.	Finanz- und Organisationskonzept für den ÖPNV im Kreis Offenbach	VL-30/2017
----	---	-------------------

Herr PUSDROWSKI führt zum Konzept Näheres aus und empfiehlt den Beschluss gemäß Vorlage.

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Die nachstehende gemeinsame Stellungnahme der Stadt Langen, der Gemeinde Egelsbach und der Stadtwerke Langen GmbH zum Entwurf eines neuen Finanzierungs- und Organisationskonzepts für den ÖPNV im Kreis Offenbach wird beschlossen und an die Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH weitergeleitet.

Stellungnahme:

- Die Stadt Langen, die Gemeinde Egelsbach und die Stadtwerke Langen GmbH danken der Arbeitsgruppe unter der Federführung der Kreisverkehrsgesellschaft Offenbach mbH (kvgOF) für die Erstellung des Konzepts „Neue Finanzierung und Organisation des ÖPNV im Kreis Offenbach“ (FINORG-Konzept, Stand: 19. Mai 2017), das insgesamt eine sehr gute Grundlage für die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Finanzbeziehungen und die Neuorganisation des öffentlichen Busverkehrs darstellt.
- Bezüglich der im FINORG-Konzept aufgeführten Alternativen für die zukünftige Finanzierung des Busverkehrs sprechen sich die Stadt Langen, die Gemeinde Egelsbach und die Stadtwerke Langen GmbH eindeutig für die Variante A aus, die für die Deckung des Defizits des Busverkehrs durch die einzelnen Kreiskommunen einen Schlüssel vorsieht, der sich zu 50 % aus einem Nutzungsbeitrag (ermittelt aus dem Aufwand gemäß Anzahl der Nutzwagenkilometer und den Erträgen gemäß Anzahl der Ein- und Aussteiger) und zu 50 % aus einem Bereitstellungsbeitrag (ermittelt nach der Anzahl der Einwohner pro Kommune) zusammensetzt.
- Die im FINORG-Konzept nachrichtlich aufgeführten Alternativen B, C und D werden durch die Stadt Langen, die Gemeinde Egelsbach und die Stadtwerke Langen GmbH abgelehnt, weil die darin enthaltene Komponente Kreisumlage als sachfremd für die Finanzierung des Busverkehrs angesehen wird und sie zudem Anreize für mehr Effizienz und Wirtschaftlichkeit bei der Durchführung des ÖPNV blockiert. Die Komponente Kreisumlage gefährdet außerdem bei den Stadtwerken den steuerlichen Querverbund, der zur Finanzierung des ÖPNV für die Stadt Langen und die Gemeinde Egelsbach unverzichtbar ist.

4. Rein vorsorglich weisen die Stadt Langen, die Gemeinde Egelsbach und die Stadtwerke Langen GmbH darauf hin, dass es für den Fall, dass sich im Jahr 2017 keine Mehrheit für die Alternative A findet, die Projektarbeit dennoch auf Basis der Variante A fortzusetzen ist und es dann bis auf Weiteres bei der derzeitigen Finanzierung bleiben muss. Eine Finanzierung über die Kreisumlage als etwaige Ersatzlösung wird nicht akzeptiert.
5. Die Stadt Langen, die Gemeinde Egelsbach und die Stadtwerke Langen GmbH stellen fest, dass über die finale Zustimmung zum FINORG-Konzept und über den Zeitpunkt der Inkraftsetzung von Variante A erst entschieden werden kann, wenn
 - ein ausformuliertes und zustimmungsfähiges Vertragspaket zu den Leistungs- und Finanzbeziehungen vorliegt,
 - die Formel gemäß Variante A realistische Fahrgastzählungen abbildet,
 - plausible Simulationsrechnungen hinsichtlich der Kosten- und Erlöswirkungen des FINORG-Konzepts auf die Wirtschaftspläne der kvGO und der beteiligten Stadtwerke sowie auf die Haushalte der Kommunen erstellt worden sind sowie
 - ein Konsens über Art und Zeitplan der Verfahrensschritte zur Umstellung auf eine neue Organisationsstruktur des ÖPNV im Kreis Offenbach erzielt worden ist.
6. Mit dem Ziel, bei der Erfüllung der unter 5. genannten Voraussetzungen schnell voranzukommen, sollte die Projektgruppe bestehen bleiben und die anstehenden Maßnahmen und Schritte weiter beratend begleiten.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-30/2017 betr.: „Finanz- und Organisationskonzept für den ÖPNV im Kreis Offenbach“.

4.	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Im Brühl – 4. Änderung“	VL-33/2017
-----------	--	-------------------

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand beschließt der Gemeindevertretung folgenden Beschluss** vorzulegen:

Gemäß § 1, Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 5 HGO beschließt die Gemeindevertretung die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 29 „Im Brühl – 4. Änderung“.

Der Geltungsbereich umfasst die Grundstücke Flur 2, Nr. 407, 226/3 und 226/4, 411/1 (Georg-Wehsarg-Straße - Teil Nord), 548/1 und 548/3, sowie teilweise Nr. 186, 408, 530/1 (Straße - Im Brühl), 547/1 (Straße - Brückengärten) sowie teilweise Flur 27, Nr. 748/1.

Näheres ist aus dem beigefügten „Übersichtsplan Geltungsbereich“ ersichtlich.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 2 x WGE, 2 x CDU, 1 x FDP), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en) (2 x GRÜNE)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-33/2017 betr.: „Finanz- und Organisationskonzept für den ÖPNV im Kreis Offenbach“.

5.	Wasserschaden: „Kita Brühl-Neubau“ Annahme der Vergleichsangebote	VL-26/2017
----	--	-------------------

Rechtsanwalt Dr. Berg informiert zur Sachlage der Klage und beantwortet umfassend den Fragekatalog aus dem BUA sowie aktuelle Fragen der Ausschussmitglieder.

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung**,

die Annahme der Vergleichsangebote der Beklagten Parteien zu 1.) Herrn Architekt Dipl. Ing. Alfred Möller und zu 2.) Firma Baumgarten GmbH zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 2 x WGE, 2 x CDU), 2 Gegenstimme(n) (2 x GRÜNE), 1 Stimmenthaltung(en) (1 x FDP)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-26/2017 betr.: „Wasserschaden: „Kita Brühl-Neubau“ Annahme der Vergleichsangebote“.

6.	2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten und Schulbetreuung der Gemeinde Egelsbach	VL-27/2017
----	--	-------------------

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung**, wie folgt zu beschließen:

Die der Beratungsvorlage beigefügte 2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten/Schulbetreuung der Gemeinde Egelsbach wird am 01.01.2018 in Kraft gesetzt.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 1 x WGE, 2 x GRÜNE, 2 x CDU, 1 x FDP), 1 Gegenstimme(n) (1 x WGE), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-27/2017 betr.: „2. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung der Kindertagesstätten und Schulbetreuung der Gemeinde Egelsbach“.

7.	Grundsatzbeschluss zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Egelsbach	VL-22/2017
----	---	-------------------

Gv. Dr. Stefan Langer (CDU) verlässt den Sitzungssaal um 21.46 Uhr und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** wie folgt zu beschließen:

Der Gemeindevorstand möge im Hinblick auf die Errichtung von „bezahlbarem Wohnraum“ der in der Beschlussvorlage beschriebenen Variante A folgen und der Gemeindevertretung den Grundsatzbeschluss zur Gründung einer gemeindeeigenen Wohnungsbaugesellschaft vorlegen.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-22/2017 betr.: „Grundsatzbeschluss zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum in Egelsbach“.

Dr. Langer (CDU) kommt um 21.50 Uhr zurück und nimmt wieder an den Beratungen teil.

8.	Antrag , geschoben im HFA vom 22.06.2017 TOP 13.2.1 -Unterlagen liegen bereits vor-
----	--

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Die Gemeinde Egelsbach tritt dem Projekt „Hessen aktiv: Die Klimakommunen“ (vormals „100 Kommunen für den Klimaschutz“) des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bei.“

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimme(n) (2 x WGE, 2 x GRÜNE, 1 x FDP), 3 Gegenstimme(n) (2 x SPD, 1 x CDU), 1 Stimmenthaltung(en) (1 x CDU)

Beschlussempfehlung:

Annahme des Antrages DIE LINKE 01/2017 vom 18.04.2017 betr.: " Beitritt zum Projekt "Hessen aktiv: Die Klimakommunen"".

8.1	Antrag-Nr.: 01-2017 Die Linke vom 18.04.2017 Beitritt zum Projekt "Hessen aktiv: Die Klimakommunen"	VL-23/2017
-----	--	-------------------

Über die Vorlage des Gemeindevorstandes VL-23/2017 lässt der Vorsitzende Gv. Manfred Müller nicht mehr abstimmen, da der weitergehende Antrag der DIE LINKE (TOP 08) angenommen wurde.

Beschlussempfehlung:

Der Gemeindevorstand legt der Gemeindevertretung folgende Beschlussfassung vor:

Der Gemeindevorstand der Gemeinde Egelsbach wird beauftragt, schnellst möglichst geeignete Maßnahmen zur Verbesserung des kommunalen Klimaschutzes vorzuschlagen, die im Rahmen der knappen finanziellen Haushaltsmittel realisierbar sind.

9.	Neubaugebiet „Leimenkaute“- Vergabe der Straßennamen	VL-25/2017
----	---	-------------------

Beigeordneter Helmut Fink verlässt aufgrund eines möglichen Widerstreit der Interessen gemäß § 25 HGO den Sitzungssaal.

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand beschließt der Gemeindevertretung** folgenden Beschluss vorzulegen:

Für das Neubaugebiet Leimenkaute werden folgende Straßennamen festgelegt:

- Wohnstraße im Norden – „Karl-Nahrgang-Straße“
- Mittig geführte Planstraße bis zur Anbindung an die Darmstädter Landstraße – „Leimenkaute“
- Südliche Planstraße und Wohnstraße – „An der Gärtnerei“

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-25/2017 betr.: „Neubaugebiet „Leimenkaute“- Vergabe der Straßennamen“.

Beigeordneter Helmut Fink nimmt nach der Abstimmung wieder an den Beratungen teil.

10.	Verwendungsnachweis 2016 und Haushaltsplan 2018 der Kindertagesstätte Zauberbaum Betreiber Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach e.V.	VL-28/2017
------------	---	-------------------

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand empfiehlt der Gemeindevertretung** folgende Beschlüsse:

1. Der Verwendungsnachweis 2016 der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach e.V. als Betreiberin der Kindertagesstätte Zauberbaum wird zur Kenntnis genommen.
2. Dem vorgelegten Haushaltsplan 2018 der Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach e.V. im Rahmen der Trägerschaft der Kindertagesstätte Zauberbaum wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-28/2017 betr.: „Verwendungsnachweis 2016 und Haushaltsplan 2018 der Kindertagesstätte Zauberbaum Betreiber Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Offenbach e.V.“.

11.	Einvernehmliche Auflösung des Pachtvertrages zwischen der Gemeinde Egelsbach und dem Verein Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V. Einstellung der Zuschusszahlungen	VL-29/2017
------------	---	-------------------

Gv. Uwe Hesse (Grüne) möchte wissen, welche Einsparungen die Auflösung des Pachtvertrages bringt.

Beschluss:

1. Der **Gemeindevertretung wird folgender Beschluss empfohlen:**
Der Pachtvertrag zwischen der Gemeinde Egelsbach und dem Verein Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V. über die Räume Kurt-Schumacher-Ring 16, zum Betrieb einer Einrichtung für Kinder unter 3 Jahren, wird im Einvernehmen mit der Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V. rückwirkend zum 31.07.2017 aufgehoben.
Ab 01.08.2017 wird die Zuschusszahlung zum Betrieb einer Betreuungseinrichtung für Kinder unter 3 Jahren eingestellt.

2. Beschließt die Gemeindevertretung die einvernehmliche Auflösung des Pachtvertrages zwischen der Gemeinde Egelsbach und dem Verein Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V. rückwirkend zum 31.07.2017 und die Einstellung der Zuschusszahlungen zum gleichen Termin, wird die Verwaltung beauftragt, eine Gestattungserklärung über die Räume Kurt-Schumacher-Ring 16, mit dem Verein abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimme(n), 0 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-29/2017 betr.: „Einvernehmliche Auflösung des Pachtvertrages zwischen der Gemeinde Egelsbach und dem Verein Egelsbacher Kinderkrabbelgruppe e.V., Einstellung der Zuschusszahlungen“.

12.	Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Budget "Personal"	VL-31/2017
------------	--	-------------------

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand beschließt, der Gemeindevertretung zu empfehlen**, einen Beschluss gemäß § 100 Abs. 1 HGO hinsichtlich überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2017 im Budget "Personal" (Produktbereich 1-16, Sachkonto: 6201000 bis 6590000) zu fassen.

Insgesamt ergibt sich derzeit im Budget "Personal" ein Mehrbedarf in Höhe von ca. EUR 670.000,00. Die gesetzlichen Voraussetzungen "unvorhergesehen" und "unabweisbar" sind geprüft und zutreffend.

Die Deckung kann aufgrund höherer Steuererträge, zusätzlicher Erträge aufgrund eines Vergleichsangebotes sowie Minderaufwendungen gewährleistet werden.

Die kostenstellen- und sachkontengenaue Aufstellung der Mehraufwendungen ist unter dem Punkt "finanzielle Auswirkungen" dargestellt.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 2 x WGE, 2 x CDU, 1 x FDP), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en) (2 x GRÜNE)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-31/2017 betr.: „Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen im Budget "Personal"“.

13.	Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von EUR 100.000,00 auf der Investitionsnummer I 1601092 "Dummy KIP 2016" - Sanierung Eigenheim	VL-32/2017
------------	---	-------------------

Beschluss:

Der **Gemeindevorstand beschließt, der Gemeindevertretung zu empfehlen**, der Sperrvermerk auf der Investitionsnummer I 1601092 "Dummy KIP 2016" in Höhe von EUR 100.000,00 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 2 x WGE, 2 x GRÜNE, 1 x FDP), 0 Gegenstimme(n), 2 Stimmenthaltung(en) (2 x CDU)

Beschlussempfehlung:

Annahme der Beschlussvorlage des Gemeindevorstandes VL-32/2017 betr.: „Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von EUR 100.000,00 auf der Investitionsnummer I 1601092 "Dummy KIP 2016" - Sanierung Eigenheim“.

14.	Anträge der Fraktionen
14.1	CDU-Fraktion
14.1.1	Antrag Nr. 02-2017 der CDU-Fraktion vom 03.09.2017 betr.: "Partizipation der Jugend in Egelsbach"

Wortlaut des Antrages:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

1. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, ein Jugendforum (Art und Umfang ähnlich zur Bürgerversammlung „Eigenheim“) mit schriftlicher Einladungen an die Egelsbacher Jugendlichen und jungen Erwachsenen durchzuführen.
2. Die Tagesordnung sollte beinhalten:
 - a. Allgemeine Positionsbestimmung: Zufriedenheit der Anwesenden mit der Jugendarbeit der Vereine, der Kirchen, der Gemeinde und anderen Beteiligten in Egelsbach. Gibt es Defizite beim Angebot bzw. in der Art der angebotenen Leistungen?
 - b. Sonderthema Jugendzentrum: Zufriedenheit mit Arbeit des aktuellen Betreibers. Gibt es Defizite an dem Angebot? Ist die Besucherfrequenz okay? Was ist zu tun, um die Besucherfrequenz gegebenenfalls zu erhöhen?

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimme(n) (2 x SPD, 2 x WGE, 2 x CDU, 1 x FDP), 2 Gegenstimme(n) (2 x GRÜNE), 0 Stimmenthaltung(en)

Beschlussempfehlung:

Annahme des Antrages Nr. 02-2017 der CDU-Fraktion vom 03.09.2017 betr.: "Partizipation der Jugend in Egelsbach".

Da es keine Weiteren Fragen und Tagesordnungspunkte für den öffentlichen Teil gibt, bedankt sich der Vorsitzende und schließt die Sitzung um 22:10 Uhr.

Es liegen keine weiteren Tagesordnungspunkte für den nicht-öffentlichen Teil vor, der Vorsitzende des Ausschusses schließt die nicht-öffentliche Sitzung um 22:25 Uhr.

Manfred Müller
Ausschussvorsitzender

Norbert Mahr
Schriftführer